

(57) Halbierung des chinesisch-amerikanischen Handels 1975 erwartet

Wie der Vorsitzende des amerikanischen "National Council for U.S.-China Trade", C.H. Phillips am 1.3. in einem Interview mit Nihon Keizai Shimbun erläuterte, ist für 1975 ein Rückgang des chinesisch-amerikanischen Handelsvolumen auf etwa 500 Mio. US\$ zu erwarten. Als Ursache gibt Phillips den weiteren Verbleib der US-Botschaft in Taipei an, der die politischen Beziehungen zwischen der VR China und den USA stark belastet. Ein zweiter Grund sei die ungeklärte Rechtslage bezüglich der Besitztümer amerikanischer Privatpersonen in China, die nach 1949 von der VR China eingezogen wurden. Der amerikanische Staat und amerikanische Firmen könnten nicht in großem Maßstab mit der VR China Geschäfte tätigen, ohne Privatklagen wegen dieser etwa 200 Mio. US\$ in chinesischem Besitz zu gewärtigen (UPI nach JT, 3.3.75; vgl. auch C.a.75/2 - Ü 53).

TAIWAN

(58) Zum "Jahrestag des Volksaufstandes von Taiwan": Gewalt als Lösungsmittel abgelehnt

Wie seit nunmehr 2 Jahren hat die VR China auch 1975 am 28. Februar eine Feier in Peking aus "Anlaß des 28. Jahrestags des Aufstands vom 28. Februar 1947" in der Provinz Taiwan veranstaltet.

Bisher war stets der ehemalige Kuomintang-General Fu Tso-yi als Hauptredner aufgetreten. Fu ist in der Zwischenzeit gestorben. Der zweite "ständige" Redner, das ZK-Mitglied Liao Cheng-chih, brachte auch diesmal die Entschlossenheit zum Ausdruck, "Taiwan zu befreien." "Landsleute in Taiwan und Ihr Menschen im ganzen Lande, vereinigt Euch und arbeitet zusammen, um das edle Ziel der Befreiung Taiwans und der Vereinigung mit dem Mutterland zu erreichen ...". Die Entwicklung der Lage im In- und Ausland werde immer günstiger für den Kampf um die Befreiung Taiwans. Es sei absolut unmöglich, daß eine Handvoll Anti-China-Kämpfer und hartnäckiger Antikommunisten im Ausland mit ihren Komplotten für "zwei Chinas", "ein China, zwei Regierungen" oder für die sogenannte "Unabhängigkeit Taiwans" Erfolg haben könnten (NCNA, 28.2.75). Unter den zwei Millionen, die 1949 das Festland verlassen haben, seien "viele Patrioten und nur wenige Verräter". Auch Kuomintang-Funktionäre seien auf dem Festland willkommen. Sie könnten dort reisen sowie Verwandte und Freunde besuchen. Man werde für ihre Sicherheit und Freiheit sorgen.

Noch im Jahr zuvor hatte man auf die "machtvolle chinesische Volksbefreiungsarmee" hingewiesen, die alle Zeit dazu bereit sei, für die Lösung des Taiwan-Problems einzutreten. Die neuerliche Sprachregelung zeigt an, daß man in Peking von einer gewaltsamen Lösung des Taiwan-Problems inzwischen Abschied genommen hat. Dies ist umso bemerkenswerter, als die noch auf Taiwan stationierten Reste der US-Militärberatergruppe (der MAAG) wahrscheinlich schon in wenigen Monaten von der Insel abziehen, was allerdings nicht heißt, daß die USA jede Waffenhilfe für Taiwan einstellen.

(59) Rückläufiger Außenhandel

In den ersten beiden Monaten des Jahres 1975 nahm Taiwans Außenhandel mit 1 559,1 Mio. US\$ im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um 9,5% oder 163,3 Mio. US\$ ab. Der Export schrumpfte mit 714,7 Mio. US\$ um 22,9% (212,4 Mio. US\$), während der Import um 6,2% (49,1 Mio. US\$) auf 844,4 Mio. US\$ gestiegen ist. Damit betrug das Defizit der Monate Januar/Februar 1975 129,7 Mio. US\$. Im Vorjahr hatte Taiwan zwar im Außenhandel ein Defizit von 1356,3 Mio. US\$ hinnehmen müssen, doch war der Umsatz im Vergleich zu 1973 noch um 52,5% gestiegen (vgl. C.a.Feb. 75, Ü 85). Die Investitionen von Ausländern und Überseechinesen auf der Insel im Januar/Februar 1975 sind mit 30 934 000 US\$ gegenüber den Vergleichsmonaten 1974 ebenfalls um 61,16% gesunken. Die Bundesrepublik hat in den genannten Monaten 56,1 Mio. US\$ aus Taiwan importiert und 45 Mio. US\$ nach Taiwan exportiert. In beiden Hinsichten hat die BRD nach den USA und Japan immer noch den 3. Platz unter den Handelspartnern der Insel (CJ 11. und 14.3.75).

(60) Taiwans Ackerland soll nicht weiter zersplittert werden (Vorbereitung eines Gesetzes über die ungeteilte Vererbung von Grund und Boden)

Die Provinzregierung von Taiwan hat ein Gesetz entworfen, das die Vererbung von Ackerland an einen einzigen Erben fördern und damit die Parzellierung des Bodens in kleine unwirtschaftliche Landstücke verhindern soll. Nach den bestehenden Gesetzen haben alle Kinder, ob männlich oder weiblich, Anspruch auf einen Anteil vom Grundbesitz ihrer Eltern. Als Folge dieser Regelung ist die Ackerfläche in den letzten Jahrzehnten in immer kleinere Landstücke aufgesplittert worden - eine Entwicklung, die der landwirtschaftlichen Mechanisierung zunehmend im Wege steht.

In dem Gesetzesentwurf ist vorgesehen, daß die Regierung dem Hoferben einen Kredit anbietet, mit dem die anderen Erben, die auf ihr Erbteil verzichten, entschädigt werden sollen. Dieses Darlehen soll niedriger verzinslich sein als die geltenden Zinssätze der Banken und kann in einem Zeitraum von 10 Jahren zurückgezahlt werden. Der Anteil dieses einen Erbens soll frei von Erbschaftsteuern sein.

Die Regierung wird außerdem auf alle anderen Gebühren im Zusammenhang mit der Vererbung verzichten. Der Erbe des Ackerlandes sollte dieses mindestens 5 Jahre lang bestellen. Sollte er sein Land innerhalb von 5 Jahren verkaufen oder es auf andere Weise veräußern, so hat er sämtliche Erbschaftsteuern und sonstige Gebühren nachzuzahlen. Falls sich die Erben weigern, das Gesetz zu befolgen oder falls sie sich nicht auf einen einzigen Erben einigen können, sollten die lokalen Behörden als Vermittler fungieren (nach bisherigem chinesischem Gesetz haben Erben das Recht, eine Vererbung an nur einen Erben abzulehnen). (C.I.S., 3.2.1975)

(61) Haben Bürger Taiwans noch Ansprüche gegen die ehemalige Besatzungsmacht Japan?

Zahlreiche Bürger Taiwans haben während der japanischen Besatzungszeit bis 1945 Beiträge für Versicherungen sowie Einzahlungen auf Bank- und Postguthaben geleistet, deren Erstattung längst fällig ist. Die Ansprüche belaufen sich auf mehrere Millionen US-Dollar.

Der Chinesisch-Japanische Friedensvertrag vom 28. April 1952 (abgeschlossen mit der Regierung in Taiwan) enthielt eine Bestimmung, wonach beide Regierungen getrennte Verfahren zur Befriedigung entsprechender Forderungen ausarbeiten sollten. In den mehr als 20 Jahren, die seitdem vergangen sind, wurden auf diesem Gebiet jedoch keinerlei Fortschritte erzielt. Insbesondere ist der Friedensvertrag von 1952 von Japan einseitig aufgekündigt worden, als es mit der VR China am 29. September 1972 offizielle Beziehungen aufnahm. Damit ist auch die Forderungsklausel entfallen.

Die Regierung Taiwans sucht seither Wege, die Frage erneut aufs Tapet zu bringen und gegenüber Japan durchzusetzen (Taipei, 4.3.1975, CNA, deutsch, in MD Asien, 11.3.1975, S.7).

(62) Japan Airlines: Defizit durch Sperrung der Landrechte in Taiwan

Seit die Regierung in Taiwan der Japan Airlines die Landrechte in Taiwan verweigert, d.h. seit Mai 1974, beginnt die JAL, immer höhere Schulden einzufliegen. Taiwan hatte mit der Liquidation der Landrechte im Mai 1974 darauf reagiert, daß Japan nicht nur mit der VR ein offizielles Luftfahrtabkommen geschlossen, sondern in diesem Zusammenhang der Regierung in Peking auch zugesagt hatte, man werde in Japan die Flaggenkennzeichnung der "China Airlines" bei Anflügen auf Japan nicht mehr dulden.

Mit der schroffen Reaktion Taiwans verlor JAL ihre seit 1959 bestehende lukrativste Strecke, die sie bis dahin 37 mal wöchentlich, zumeist voll besetzt, mit japanischen Touristen befliegen hatte (Näheres dazu Hartmann-Weggel, "Der fernöstliche Luftkampf, Sieger und Besiegte", C.a. 1974/5, S.237-239, mit Karten). Im laufenden Steuerjahr hat die JAL nun ein Defizit von 40 Mrd. Yen (= etwa 133 Mio. US \$) zu verzeichnen, das nicht nur durch die scharf gestiegenen Treibstoffkosten verursacht wurde, sondern zum großen Teil auch durch die Einstellung der Flugroute Japan-Taiwan sowie durch die Tatsache, daß JAL gezwungen ist, bei ihren Flügen nach Hong Kong einen weiten Umweg über Manila zu machen (vgl. dazu Karte C.a. 74/5, S.239). So besorgniserregend ist der finanzielle Zustand der JAL, daß sie im Haushaltsjahr 1975, das im April 1975 beginnt, ihr Defizit durch drastische Maßnahmen überwinden will. U.a. wurde vom Kauf vierer DC 10-Langstreckenflugzeuge abgesehen, deren Lieferung bereits im Dezember 1975 beginnen sollte. Gleichzeitig wurde die Eröffnung mehrerer inländischer und internationaler Flugrouten rückgängig gemacht. Schließlich werden die Gehälter von 1790 Angehörigen des Verwaltungspersonals von März 1975 auf ein Jahr um 10% gesenkt! (Jiji Press, englisch, 17.2.1975, MD Asien, 20.2.1975, S.7).

HONG KONG

(63) Weitere Ausdünnung der britischen Militärpräsenz in Hong Kong

London hat angekündigt, daß die britische Garnison in Hong Kong um 15% reduziert werde. Dieser Schritt war insofern nicht überraschend, als die Kosten in den letzten Jahren immer höher gestiegen waren und dies angesichts der britischen Wirtschaftsmisere. Von den 28 Mio. £-Sterling, die die Garnison zuletzt kostete, trug Hong Kong selbst nur 8 Mio. £ - Sterling bei. Die Behörden der Kronkolonie sehen nun beängstigt dem Kostendruck entgegen, der angesichts dieser Maßnahmen auf die Kasse der Kronkolonie zukommt. Einen Teil der neu entstehenden Kosten versucht man dadurch abzufangen, daß britische Truppen durch Gurkha-Einheiten ersetzt werden. Die jährlichen Kosten der Unterhaltung eines britischen Bataillons betragen z.B. 3,5 Mio. £ -Sterling im Vergleich zu nur 1,1 Mio. £ - Sterling für ein Gurkha-Bataillon.

Nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus sicherheitspolitischen Gründen ist der Schritt Londons mit Besorgnis verfolgt worden: Niemand in Hong Kong rechnet zwar mit einer militärischen Aktion der VR China gegen Hong Kong. Doch gilt es immerhin, zwei potentiellen Gefahren ins Auge zu sehen.

- Man muß z.B. daran denken, daß sich die Situation nach dem Abtreten Maos und Chou En-lais von der politischen Bühne schwieriger gestalten könnte als bisher. Sollte es beispielsweise einem "Canton War Lord General" einfallen, auf eigene Initiative gegen Hong Kong vorzugehen, so wäre man schon weitgehend machtlos, könnte aber immerhin einen "Hinhaltkrieg" kleineren Stils führen.

- Weiterhin ist daran zu denken, daß die kommunistischen Behörden jenseits der Grenze unter Umständen wieder - aus welchen Gründen auch immer - einen "großen Exodus" im Stil von 1962 zulassen, der Hong Kong in größte Verlegenheit bringen könnte. Damals waren immerhin 70.000 Menschen innerhalb von nur 25 Tagen in die Kronkolonie geströmt und hatten dort verheerende Infrastrukturprobleme aufgeworfen.

- Schließlich muß man immer wieder mit Umtrieben, im Stil etwa der Rotgardistenaufmärsche von 1967, denken.

Für die beiden letztgenannten Aufgaben muß die Garnison von Hong Kong voll gerüstet sein (Times, 21.3.1975).